

EDITORIAL



❖ Die schwere Niederlage der SPD bei den Landtagswahlen in Niedersachsen und Hessen ist erstmals und eindeutig der politischen Verantwortung Gerhard Schröders zuzuordnen. Die Wähler strafte den ab, dessen Regierung sie eigentlich schon bei der Bundestagswahl im September 2002 loswerden wollten. Im Wahljahr 2002 waren die Wähler durchweg bereit, die Regierung abzuwählen. Man war enttäuscht über die Regierungspolitik und ihre Ergebnisse. Bei Rot-Grün vermutete man fast nirgendwo eine Kompetenz, künftig Vernünftiges zu Stande zu bringen. Allerdings wurde auch der Opposition nur bedingt diese Kompetenz zugebilligt. Dies hatte zur Folge, dass plötzlich auftauchende Themen (Flut, Irak) zeitweise die eigentlich interessierenden Fragen überlagern konnten.

Das Ergebnis der Bundestagswahl und die nochmalige Enttäuschung bei der Regierungsbildung und der programmatischen Gestaltung der neuen Legislaturperiode mündeten bei den Wählern in Resignation über Rot-Grün – bei Rot-Grün selbst zunehmend in Verzweiflungsakte.

Gleichzeitig wuchs das Vertrauen in die Gestaltungs- und Lösungsfähigkeit der Opposition, die anstehenden Fragen besser lösen zu können. Dieses Vertrauen wuchs nicht zuletzt deshalb, weil die Union sich relativ geschlossen zu präsentieren vermochte.

Bei den Wahlen in Niedersachsen und Hessen kulminierte dies alles. In beiden Ländern wurde den Unionsparteien in allen wesentlichen Fragen so-

wohl aus der Regierungsverantwortung heraus (Hessen) wie aus der Opposition heraus (Niedersachsen) eine Kompetenz zugemessen, die durch keine Friedensrhetorik mehr zu überlagern war.

Deutschland ist, was die Gefühlslage der Bevölkerung angeht, in eines der schlimmsten politischen Stimmungslöcher der Nachkriegsgeschichte gefallen; es steht kurz vor einer wirtschaftlichen Rezession und dem Kollaps der sozialen Sicherungssysteme, und es steckt mitten in einem außenpolitischen Scherbenhaufen. Bekanntlich drängen solch neue dramatische Problemlagen zu neuen politischen Mehrheiten. Sie zeichnen sich zunächst bei Landtagswahlen ab. Die alten zermürbten Mehrheiten hängen bekanntlich aber manchmal noch wie festgekettet an den Trögen der Macht. Sie haben jedoch klare Verfallszeiten.

Es ist die Aufgabe der Opposition und insbesondere der Union, sich darauf einzustellen und durch kluges Verhalten neuen Wählermehrheiten den Weg zu ebnen. Sie hat für den richtigen Zeitpunkt eine klare Alternative der Hoffnung zu sein. ❖

He. Gonsky